

Gegen Dürre und Überdüngung: Landwirtschaft neu denken

Von Knut Ehlers und Dirk Messner

Der dramatischen Coronakrise hätte es wahrlich nicht bedurft, um eines zu wissen: Die 2020er Jahre werden in vielerlei Hinsicht eine Dekade der Entscheidung sein. In Politik, Wirtschaft und Gesellschaft werden wir grundsätzliche Weichenstellungen für mehr Nachhaltigkeit vornehmen müssen, um Umwelt- oder, genauer gesagt: Erdsystemkrisen zu vermeiden oder zumindest einzuhegen. Diese Weichenstellungen werden zentrale Bereiche unseres Lebens betreffen: unsere Konsum-, Wohn- und Lebensstile, den Energieverbrauch wie die Mobilität – und ganz sicher auch die Landwirtschaft. Denn wie die anderen Sektoren steht auch sie in der Pflicht, ihren Beitrag zu erbringen, um die Klimaziele zu erreichen. Mehr noch: Die Landwirtschaft ist gleichzeitig Betroffene des Klimawandels, wie etwa schon jetzt die enorme Trockenheit in weiten Teilen Deutschlands zeigt, als auch Verursacherin. Ihre Rolle in der Klimapolitik ist also in gleich zweifacher Hinsicht bedeutend.

Der dominierende Entwicklungstrend in der Landwirtschaft der letzten hundert Jahre war stets recht eindeutig: Der technische Fortschritt mit Hochertragsorten, Mineraldüngern, Pflanzenschutzmitteln und leistungsfähigen Maschinen hielt Einzug und führte zu enormen Ertragszuwächsen. Die Weizenerträge konnten vervierfacht werden und die Nahrungsmittelpreise sanken dramatisch. Nur zum Vergleich: Vor hundert Jahren gaben Familien jede zweite Mark für Nahrungsmittel aus, heute ist es nur noch etwa jeder zehnte Euro. Der enorme Zuwachs pflanzlicher Erträge machte auch die Intensivtierhaltung erst massentauglich, denn ohne den Zuwachs an pflanzlichen Kalorien wäre es nicht möglich gewesen, diese vermehrt in tierische Kalorien zu „veredeln“. Heute produziert weltweit jeder dritte Hektar Ackerland nicht mehr direkt für den Teller, sondern für den Trog.

Die Entwicklungen der Vergangenheit waren gut begründet, denn es standen gewichtige gesellschaftliche Bedürfnisse dahinter: Seit der industriellen Revolution hat sich die Weltbevölkerung versiebenfacht und damit auch die Lebensmittelnachfrage vervielfacht. Das Nachkriegseuropa hatte einen enormen Nachholbedarf an sicheren, hochwertigen Nahrungsmitteln in ausreichenden Mengen. Doch aus dem europäischen Nahrungsmittelmangel der Nachkriegszeit ist ein regionaler Überschuss geworden, der beispielsweise dazu führt, dass jeder Deutsche pro Jahr im Schnitt 75 Kilogramm Nahrungsmittel wegwirft – das heißt, gut 40 Prozent der Verluste insgesamt wären

leicht vermeidbar. Gleichzeitig erkennen wir, dass Klima- und Umweltschutz für die Menschheit überlebenswichtige Voraussetzungen sind und keinesfalls Luxusprobleme. In weiten Teilen der Bevölkerung setzt sich daher die Erkenntnis durch, dass sich der Entwicklungstrend der letzten hundert Jahre nicht linear fortsetzen lässt. Stattdessen stehen wir vor einem grundlegenden Trendbruch, einer Transformation in allen Bereichen der Gesellschaft.

Dieser Zustand, in der Altes in Frage steht, während sich das Neue noch nicht herauskristallisiert hat, verursacht in der deutschen Landwirtschaft eine Phase massiver Irritationen. Als Phasen des Übergangs gehen Transformationen generell mit großen Unsicherheiten einher. Wichtig ist es daher, positive Leitbilder für Veränderung zu schaffen, die Erwartungssicherheit erzeugen. Um den Übergang zu einer nachhaltigen Landwirtschaft zu gestalten, ist es daher sinnvoll, sich zunächst jene Bereiche zu vergegenwärtigen, in denen es bereits einen beachtlichen gesellschaftlichen Konsens für die erforderliche Transformation gibt, der auf wissenschaftlichen Erkenntnissen über lokale, regionale und globale Grenzen der Belastbarkeit der Ökosysteme basiert. Er benennt Leitplanken, die einen Handlungsraum umschreiben, innerhalb dessen Formen nachhaltiger Landwirtschaft entwickelt werden können.

Dabei sind fünf Bereiche von zentraler Bedeutung: die Reduktion der Treibhausgasemissionen, der Erhalt der biologischen Vielfalt sowie der Zustand von Luft, Böden und Gewässern. In allen fünf Bereichen gibt es bereits klar definierte und politisch vereinbarte Ziele, von denen manche sogar schon rechtlich kodifiziert sind. Um tatsächlich nachhaltig zu werden, müssen viele dieser Ziele jedoch unbedingt in dieser Dekade erreicht werden. Wie uns aktuelle Umwelttrends und Erfahrungen aus der Vergangenheit zeigen, wird dies ohne massive Veränderung nicht gelingen. Es kommt daher darauf an, die erforderlichen Ziele konkret zu illustrieren und wichtige Akteursgruppen samt ihren Aufgaben zu benennen, um diese Ziele zu erreichen.

Treibhausgasemissionen reduzieren

Beim ersten Punkt, der Reduktion der Treibhausgasemissionen, kommt der Landwirtschaft eine maßgebliche Rolle zu. Zu gut sieben Prozent ist sie direkt an den Gesamtreibhausgasemissionen in Deutschland beteiligt. Hinzu kommen ihre indirekten Treibhausgasemissionen, also beispielsweise jene, die bei der landwirtschaftlichen Nutzung von ehemaligen Moorstandorten oder bei der Stickstoffdüngerproduktion entstehen. Berechnet man diese mit ein, tragen die Treibhausgasemissionen aus der Landwirtschaft in Deutschland rund 14 Prozent zu den Gesamtemissionen bei. Schaut man sich die globalen Zahlen an, dann kommen wir bei dieser erweiterten Betrachtung sogar auf 21 bis 34 Prozent der globalen Treibhausgasemissionen. Kurzum: Das globale Klimaproblem ist ohne die Landwirtschaft – und ihre Veränderung – nicht lösbar.

Deutschland hat im Klimaschutzgesetz 2019 festgelegt, die Treibhausgasemissionen der Landwirtschaft – gemeint sind in diesem Fall die direkten

Treibhausgasemissionen zuzüglich des landwirtschaftlichen Verkehrs – bis 2030 von heute 70 Mio. auf 58 Mio. Tonnen CO₂-Äquivalente zu reduzieren. Ob dies alleine mit den im Klimaschutzprogramm der Bundesregierung enthaltenen Maßnahmen erreicht werden kann, ist allerdings unsicher. Sicher ist jedoch, dass eine Reduktion der Tierhaltung, verbunden mit einem reduzierten Fleischkonsum, eine sehr wirksame Maßnahme wäre. Dadurch würden Stickstoffüberschüsse reduziert, was sich wiederum positiv auf die Lachgasemission auswirkte. Darüber hinaus würde eine Reduktion der Rinderbestände sich unmittelbar auf eine Reduktion der Methanemissionen auswirken. Ein reduzierter Fleischkonsum hätte zudem vielfältige weitere positive Umwelt- und Gesundheitseffekte.

Bei den direkten Treibhausgasemissionen der Landwirtschaft sind die Lachgas- und die Methanemissionen von zentraler Bedeutung. Erstere sind im Wesentlichen eine Folge der mineralischen und organischen Stickstoffdüngung, während Letztere hauptsächlich von Rindern ausgestoßen werden. Rund 60 Prozent der direkten Treibhausgasemissionen sind daher in Deutschland mit der Tierhaltung verbunden. Ihr kommt beim Klimaschutz somit eine entscheidende Bedeutung zu. Anfang der 90er Jahre, also unmittelbar nach der deutschen Vereinigung, gingen die Treibhausgasemissionen der Landwirtschaft rasch zurück, was maßgeblich auf den Rückgang der Tierbestände in den ostdeutschen Bundesländern zurückzuführen ist. Hinzu kam in den neuen Bundesländern eine effizientere Stickstoffdüngung. Diesen „Wende-Effekt“ finden wir in den landwirtschaftlichen Umweltindikatoren immer wieder. Doch nach der „wendebedingten“ Abnahme der Emissionen stagnierten die Treibhausgasemissionen der Landwirtschaft weitgehend. Erst seit 2016 nehmen sie wieder leicht, aber nicht umfassend genug ab, was im Wesentlichen auf sinkende Tierbestände zurückzuführen ist. Ob dieser Trend tatsächlich von Dauer ist, wird sich allerdings erst zeigen müssen.

Biologische Vielfalt bewahren

Der zweite zentrale Bereich für eine nachhaltige Landwirtschaft ist die biologische Vielfalt und der Artenschutz. Ihr Erhalt ist ein hohes Gut. Dabei geht es nicht allein um eine ethisch-moralische Verpflichtung, sondern auch um ganz praktische Gründe. Viele Lebensbereiche, von der Entdeckung neuer Medikamente bis zur Nahrungsmittelerzeugung, funktionieren nur dann so gut, wie wir es bisher noch gewohnt sind, wenn wir auf einen genetischen und funktionellen Reichtum der unterschiedlichen Arten zurückgreifen können. Ja, mehr noch: Die Stabilität des Erdsystems insgesamt basiert auf der Biodiversität; geht diese verloren, können ab einem bestimmten Punkt irreversible Kipppunkte des Erdsystems erreicht werden – mit unabsehbaren Folgen für die menschliche Zivilisation. Biologische Vielfalt ist somit systemrelevant, sowohl für das menschliche Wohlergehen als auch für die menschliche Sicherheit. Der globale Bericht des Weltbiodiversitätsrates (IPBES) von 2019 macht deutlich, dass der Verlust der Artenvielfalt längst eine besorg-

niserregende Dynamik entfaltet hat. Die treibende Kraft dahinter ist der Mensch: unser Tun, unser Konsum und auch unsere Landwirtschaft.

Was auf globaler Ebene gilt, lässt sich auch in Deutschland wiederfinden. Als Indikator für die Artenvielfalt wird in der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie der Bestand repräsentativer Vogelarten herangezogen. Diese Daten machen deutlich, dass sich die Situation in Deutschland seit den 1970er Jahren massiv verschlechtert hat und seit rund 20 Jahren auf niedrigem Niveau stagniert. Besonders betroffen von der negativen Entwicklung ist die Artenvielfalt in der Agrarlandschaft. Die Ursachen dafür sind unter anderem der Verlust von Lebensräumen und das Unterbrechen von Nahrungsketten. Sie werden befördert durch die sogenannte Ausräumung der Landschaft, also die Vereinheitlichung der landwirtschaftlichen Anbausysteme, sowie durch eine stetige Nährstoffanreicherung und den intensiven Einsatz von Pflanzenschutzmitteln. Infolgedessen sank der Indexwert für die Artenvielfalt in der Agrarlandschaft auf mittlerweile 59 von 100. Für das Jahr 2030 ist ein Wert von 100 vorgesehen. Dieses Ziel ist jedoch gegenwärtig in weite Ferne gerückt und wird ohne umfassende Veränderungen in der Landwirtschaft nicht zu erreichen sein. Dafür aber wird deutlich mehr Raum für die Artenvielfalt benötigt, und zwar neben den Äckern und Wiesen (beispielsweise Hecken und Blühstreifen), aber auch darauf (beispielsweise Lerchenfenster, vielfältigere Fruchtfolgen und eine extensivere Nutzung).

Das Schutzgut Luft verbessern

Auch beim Schutzgut Luft besteht dringender Handlungsdruck. Hier sind insbesondere die gewaltigen Ammoniakemissionen problematisch. Ammoniak ist eine gasförmige Stickstoffverbindung, die unter anderem zur Feinstaubbildung führt (je nach Region liegt der Beitrag der Ammoniakemissionen an der PM_{2,5}-Belastung zwischen 25 und 50 Prozent) und über die Luft zur Nährstoffanreicherung in Ökosystemen beiträgt. Dadurch wird die Funktionalität und Artenzusammensetzung von Ökosystemen erheblich beeinträchtigt. Besonders schwer betroffen sind jene Ökosysteme, die an niedrige Nährstoffgehalte angepasst sind.

95 Prozent der deutschen Ammoniakemissionen stammen aus der Landwirtschaft, rund 60 Prozent sind direkt an die Tierhaltung gekoppelt. Unmittelbar nach 1990 zeigte sich dementsprechend auch hier mit dem „Wende-Effekt“ eine erhebliche Reduzierung der Emissionen. Danach allerdings stagnierten die Emissionen auf weitgehend gleichbleibendem, hohem Niveau.

Deutschland hat sich jedoch im Rahmen der europäischen Richtlinie über nationale Emissionshöchstmengen für bestimmte Luftschadstoffe (NEC-Richtlinie) verpflichtet, die Ammoniak-Emissionen bis 2030 um 29 Prozent gegenüber 2005 zu reduzieren. Das bedeutet, da seit 2005 fast nichts erreicht wurde, dass nun im kommenden Jahrzehnt die Emissionen um rund ein Drittel reduziert werden müssen. Grundsätzlich wäre dieses Ziel über umfangreiche technische Maßnahmen durchaus zu erreichen, etwa durch Abluft-

reinigung bei Tierställen, durch moderne Ausbringungstechniken von Gülle und Gärresten und durch die Abdeckung von Güllelagern. Um tatsächlich auszureichen, müssten diese Maßnahmen allerdings zusammen und für nahezu alle Betriebe eingeführt werden, was mit enormen ökonomischen Kosten verbunden wäre. Als zielführendste Alternative bliebe daher auch hier letztlich nur eine Reduzierung der Tierbestände.

Den Boden schützen

Für den Bodenschutz ist auf globaler Ebene in den Sustainable Development Goals, den Nachhaltigkeitszielen der Vereinten Nationen, bis 2030 das Ziel der „Land Degradation Neutrality“ vorgegeben. Es bedeutet, dass der Verlust von Boden minimiert und nicht vermeidbare Bodenabtragungen durch Wiederherstellungsmaßnahmen ausgeglichen werden müssen. Unterm Strich darf sich die Situation der Böden ab 2030 also nicht weiter verschlechtern. Auch die Landwirtschaft wird von diesem Ziel betroffen sein, denn rund die Hälfte der Flächen Deutschlands wird landwirtschaftlich genutzt. Daran wird deutlich, welche Verantwortung die Landwirtschaft für die Böden trägt, denn Landwirtschaft kann auch Böden gefährden. Die Folge ist Bodendegradation etwa in Form von Erosion, Bodenverdichtung oder Humusverlust. Beim Bodenschutz wird auch besonders deutlich, dass sich im Landwirtschaftsbereich kurzfristige und langfristige Interessen mitunter stark widersprechen: Während bodendegradierende Praktiken durchaus kurzfristige Kosten senken können, unterminieren sie langfristig einen der bedeutendsten Produktionsfaktoren der Landwirtschaft, eben fruchtbare Böden. Es ist geplant, das Ziel der Land Degradation Neutrality auch in die Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie zu übertragen. Noch ist dies allerdings nicht geschehen. Noch wird in Deutschland daran gearbeitet, einen aussagekräftigen und einfach zu erhebenden Bodenindikator zu entwickeln, mit dessen Hilfe das angestrebte Ziel überhaupt messbar gemacht werden kann. Diese Messbarmachung des Problems ist dringend erforderlich – als erster Schritt, um den Bodenschutz im landwirtschaftlichen Bereich nachweislich zu stärken.

Die Gewässerbelastung reduzieren

Schon seit einigen Jahren steht die Gewässerbelastung mit Stickstoff und Phosphor aus der Landwirtschaft recht weit oben auf der politischen Agenda Europas. Stickstoff führt zu erhöhten Nitratgehalten im Grundwasser, was die Eignung des Grundwassers als Trinkwasser einschränkt. Stickstoff und Phosphor führen beide zu einer Nährstoffanreicherung in den Flüssen, Seen und Meeren, was wiederum eine reduzierte Artenvielfalt, Algenblüten und das Umkippen ganzer Gewässer zur Folge haben kann. Betroffen von hohen Nitratkonzentrationen im Grundwasser sind insbesondere landwirtschaftliche Intensivregionen der Tierhaltung, des Ackerbaus und des Gemüse-

anbaus. (Natürlich spielen auch die naturräumlichen Gegebenheiten wie durchlässige Böden oder geringe Sickerwasserraten eine Rolle, doch die Nutzung muss immer an den Standort angepasst erfolgen – nicht umgekehrt.)

Hier, an der Frage der Nitratbelastung, offenbart sich in besonderer Weise, dass Deutschland in der Landwirtschaft schon längst keine Umweltschutz-Vorreiterrolle mehr in der EU innehat, sondern vielmehr zu den Problemfällen gehört. Bereits im Jahr 2016 reichte die EU-Kommission Klage gegen Deutschland ein, weil keine ausreichenden Maßnahmen getroffen worden waren, um die Gewässerbelastung zu reduzieren. 2017 verschärfte Deutschland daraufhin die Düngegesetzgebung – doch nicht in ausreichendem Maße, wie bereits damals absehbar war. 2018 wurde Deutschland wegen einer unzureichenden Umsetzung der Nitratrichtlinie vom Europäischen Gerichtshof für schuldig befunden. Daraufhin wurde die Düngegesetzgebung 2020 abermals – und nun erheblich – verschärft, was zu massiven Protesten der betroffenen Bauern führte. Anhand dieser Ad-hoc-Reaktionen auf ein seit Jahrzehnten bekanntes Problem wird deutlich, wie sehr die deutsche Agrarumweltpolitik in die Rolle eines Getriebenen gerutscht ist, anstatt die Rolle eines konstruktiven Gestalters einzunehmen. Bereits 1985 hatte der Sachverständigenrat für Umweltfragen eindringlich darauf hingewiesen, dass die Stickstoff- und Phosphorverluste aus der Landwirtschaft in die Umwelt zu den größten Umweltproblemen gehören, die von der Landwirtschaft verursacht werden. Doch all das blieb ohne nennenswerte Folgen. Heute sind rund ein Viertel der deutschen Grundwasserkörper wegen zu hoher Nitratgehalte in einem schlechten Zustand. Die Düngegesetzgebung, wie sie jetzt in verschärfter Form in diesem und dem nächsten Jahr in Kraft treten soll, ist sicherlich nicht die denkbar beste Lösung, sondern das Ergebnis eines langwierigen politischen Verhandlungsprozesses, der von der klaren Anspruchshaltung der EU-Kommission geprägt war, dass Deutschland endlich weiterführende Maßnahmen einführt. Sie wird aber helfen, die Nitratreinträge in das Grundwasser zu reduzieren. Zuvor wird sie jedoch verhindern, dass Deutschland nun im nächsten Schritt vom Europäischen Gerichtshof wegen Verstoßes gegen die Nitratrichtlinie zu empfindlichen Strafzahlungen verurteilt wird. Die Erfahrung mit der Novellierung der Düngegesetzgebung sollte Deutschland eine Warnung für die Zukunft sein: Je länger wir Umweltprobleme im Bereich der Landwirtschaft aufschieben, anstatt sie zu beheben, desto geringer wird unsere Freiheit, eigenständige Lösungen zu entwickeln und umzusetzen. Darunter aber leidet nicht nur die Umwelt, sondern letztlich leiden auch die Landwirtinnen und Landwirte.

Der Anpassungsdruck in der deutschen Landwirtschaft ist heute auch deshalb so immens, weil er sich über Jahrzehnte aufgebaut hat. Der Vergleich mit dem europäischen Ausland zeigt, dass es keine einfachen und schmerzfreien Patentlösungen zur Reduktion der Nährstoffverluste in die Umwelt gibt. Sinnvoll wäre es daher, wenn sich die Landwirtschaft zukünftig proaktiv an der Lösungssuche beteiligen würde.

Ganz offensichtlich besteht in der Landwirtschaft ein immenser Handlungsdruck, zu ökologischen Verbesserungen zu gelangen. Die skizzierten

Leitplanken in den fünf Umweltbereichen selber sind dabei nicht verhandelbar, sondern politisch oder rechtlich bereits vorgegeben. An der Faktenlage selber besteht auch aus wissenschaftlicher Sicht kein Zweifel.

Neben den genannten Umwelleitplanken gibt es weitergehende gute Gründe für Veränderungen in der Landwirtschaft, hierzu zählt insbesondere die Diskussion über unzureichende Tierwohlstandards. Darüber hinaus geht es natürlich darum, zukunftsfähige landwirtschaftliche Geschäftsmodelle zu entwickeln, die deren ökosystemische – und damit letztlich auch ihre ökonomische – Grundlage auf Dauer erhalten. Es kommt darauf an, Transformationspfade zu einer nachhaltigen Landwirtschaft zu entwickeln. Ein solcher Konsens würde auch das ermöglichen, was viele Landwirtinnen und Landwirte zu Recht betonen, nämlich Planungssicherheit und damit Zukunftsperspektiven eröffnen. Das würde sicherstellen, dass Landwirte für die eigene Arbeit von der Gesellschaft nicht nur Geld, sondern auch Wertschätzung erhalten und für den eigenen Betrieb eine dauerhafte ökonomische Perspektive entwickeln können.

Primäre Aufgabe der Landwirtinnen und Landwirte ist es, Produktions- und Geschäftsmodelle zu entwickeln, die in der Lage sind, die genannten ökologischen (und andere angesprochene) Leitplanken einzuhalten. Mit Transparenz und Dialogbereitschaft und indem sich das Bild der Landwirtschaft in der Gesellschaft wandelt, besteht zudem die Chance, dass sich die Landwirtschaft neue Einkommensquellen erschließt. Je eher es der Landwirtschaft gelingt, glaubwürdig darzustellen, dass sie nicht nur Nahrungsmittel, sondern auch eine intakte Umwelt und eine artenreiche Kulturlandschaft produzieren möchte, desto eher wird die Gesellschaft auch bereit sein, für diese neuen Dienstleistungen zu bezahlen.

Handel, Konsum, Politik: Eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe

Die Landwirtschaft steht also vor der gewaltigen Herausforderung, im Zuge der erforderlichen Transformation ökonomisch, technologisch, aber vor allem auch kulturell hoch innovativ zu sein. Leider nehmen wir jedoch aktuell wahr, dass diese Herausforderungen, insbesondere die fünf skizzierten Leitplanken, von einzelnen landwirtschaftlichen Akteuren grundsätzlich in Frage gestellt werden. Damit werden Transformationen zur Nachhaltigkeit erheblich erschwert oder gar blockiert. Allerdings verlangt der erforderliche Umbau der Landwirtschaft nicht nur von Landwirtinnen und Landwirten massive Veränderung, sondern auch vom Handel, den Konsumentinnen und Konsumenten und der Politik. Der erforderliche Wandel in der Landwirtschaft kann daher nur als gesamtgesellschaftliche Gemeinschaftsaufgabe erreicht werden. Jeder Gruppe fallen dabei spezifische Aufgaben zu.

Der Handel kann wichtige Beiträge dazu leisten, dass ein Konsum nach dem Prinzip „gut statt billig“ – statt „Geiz ist geil“ – tatsächlich umgesetzt werden kann. Gegenwärtig ist es für Konsumentinnen und Konsumenten ausgesprochen schwierig, fair, tiergerecht und umweltfreundlich herge-

stellte Produkte zu erkennen. Verbesserte Zertifizierungssysteme würden die Verantwortlichkeit der Konsumentinnen und Konsumenten stärken. Der Handel kann zudem auch selbst zu einem pro-aktiven Treiber nachhaltiger Lebensmittelproduktion und -konsumption werden, indem er Geschäftsmodelle entwickelt, die es erleichtern, dass nachhaltig produzierte Produkte vereinfacht und bevorzugt ihren Weg zu den Kunden finden.

Konsumentinnen und Konsumenten sollten sich der Tatsache bewusst werden, dass letztlich jede Form der Landwirtschaft nur so nachhaltig sein kann, wie es der korrespondierende Konsum auf Nachfrageseite zulässt. Der eigene Konsum ist eine entscheidende Stellschraube, um eine umweltfreundliche Landwirtschaft zu ermöglichen. Er ist darüber hinaus auch der Bereich, in dem Bürgerinnen und Bürger unmittelbar und in eigener Verantwortung einen individuellen Beitrag leisten können.

Neben dem noch immer vorherrschenden Prinzip des „Hauptsache billig“ müssten insbesondere der Ernährungsstil und der Umgang mit Lebensmitteln überdacht werden. Derzeit verzehren wir im Schnitt etwa doppelt so viel Fleisch, wie es die Deutsche Gesellschaft für Ernährung empfiehlt.

Beim Umgang mit Nahrungsmitteln sind insbesondere die Nahrungsmittelverluste und die Nahrungsmittelverschwendung von Bedeutung. Weltweit gehen rund 30 Prozent der produzierten Nahrungsmittel auf dem Weg vom Acker in den Mund verloren. Während es im globalen Süden aufgrund schlechter Lager- und Transportbedingungen zu erheblichen Verlusten kommt, ist in den OECD-Ländern verstärkt die Nahrungsmittelverschwendung die Ursache. Dies betrifft auch jene Nahrungsmittel, die bereits gekauft und bezahlt wurden, für die also bereits Umweltressourcen und Ökosysteme beansprucht wurden. So landen in Deutschland jährlich insgesamt rund zwölf Mio. Tonnen Nahrungsmittel im Abfall. Gut die Hälfte davon wird in privaten Haushalten weggeworfen. An diesem strukturellen Problem wird deutlich: Die wichtigste Rolle bei der erforderlichen ökologischen Transformation kommt der Politik zu. Sie hat die Aufgabe, die wesentlichen Rahmenbedingungen für die Landwirtschaft zu setzen. Umweltfreundliches Verhalten muss entsprechend gefördert und umweltschädliches Verhalten, das die oben skizzierten Leitplanken verletzt, sanktioniert werden. Solange die wesentlichen Umweltschäden der Landwirtschaft innerhalb geltenden Rechts entstehen, müssen das landwirtschaftliche Ordnungsrecht und seine Umsetzung dringend angepasst, sprich: verschärft werden. Gleichzeitig benötigen wir ein längerfristig orientiertes Ordnungsrecht, dessen Entwicklung für die landwirtschaftlichen Betriebe Erwartungs- und damit Investitionssicherheit garantiert. Nur so kann das nachvollziehbare Bedürfnis der Landwirtinnen und Landwirte nach Planbarkeit erfüllt werden. Denn die Kritik der Landwirtschaft an einer „Hü-und-Hott-Politik“ ist durchaus nachvollziehbar.

Ein zweiter wichtiger Problemkontext betrifft die landwirtschaftlichen Subventionen. Diese, vorrangig über die Europäische Union fließenden öffentlichen Gelder machen in Deutschland rund die Hälfte der durchschnittlichen betrieblichen Einkommen der Landwirtschaft aus! Sie beeinflussen damit signifikant, welche Form der Landwirtschaft sich für die Betriebe rechnet

und welche nicht. Gegenwärtig trägt jedoch der Großteil der Gelder nicht zu einem nachhaltigkeitsorientierten Wandel in der Landwirtschaft bei, sondern wird weitgehend pauschal, gekoppelt an die Flächengröße, ausbezahlt. Letztlich bekommen also die Betriebe die meisten Subventionen, die die größte Fläche bewirtschaften. Sinnvoll wäre es hingegen, wenn zukünftig jene Betriebe am stärksten gefördert würden, die am meisten für den gesellschaftlich gewünschten Umwelt- und Naturschutz leisten. Die EU-Agrarsubventionen sind daher eine wesentliche Stellschraube, um die ökonomischen Rahmenbedingungen der Landwirtschaft auf die neuen Anforderungen einzustellen.

Für mehr globale Kooperation und nationale Steuerung

Zudem hat die Politik aber auch auf globaler Ebene die Aufgabe, sich im Rahmen der Welthandelsorganisation (WTO) für eine Anpassung des internationalen Handelsrechts einzusetzen. Produktionsstandards, die in Deutschland und Europa gelten, müssen langfristig auch für importierte Produkte gelten. Ansonsten drohen Wettbewerbsverzerrungen zu Lasten der deutschen und europäischen Landwirtschaft, die langfristig nicht weiter wie bisher überwiegend durch Subventionen aufgefangen werden sollten. Die Politik muss daher darauf hinwirken, dass neben den bereits etablierten produktbezogenen Standards (beispielsweise der Schadstoffgehalt) zukünftig auch prozessbezogene Standards an Bedeutung gewinnen, die klare Anforderungen an eine umweltfreundliche Produktion definieren.

Ein letztes, wesentliches Reformfeld der Politik ist das nationale Steuer- und Abgabensystem. Indem die Preise von Produkten mit hohen Umweltkosten angehoben und die Preise von weniger umweltbelastenden Produkten reduziert werden, kann entscheidend steuernd eingegriffen werden. Das Umweltbundesamt empfiehlt daher dringend, den reduzierten Mehrwertsteuersatz auf tierische Produkte (Fleisch, Milch, Eier) zu erhöhen und dafür im Gegenzug den reduzierten Mehrwertsteuersatz auf pflanzliche Nahrungsmittel weiter zu reduzieren. Mehl und Gemüse würden damit billiger, Fleisch und Milchprodukte teurer, was die Lebens-, Konsum-, aber auch Produktionsverhältnisse (etwa den globalen Soja-Anbau) erheblich verändern könnte, zum Nutzen unserer globalen Umwelt. Darüber hinaus könnte die Erhebung zweckgebundener Abgaben auf umweltschädliche Produkte, beispielsweise umweltschädliche Pflanzenschutzmittel, nicht nur helfen, deren Einsatz zu reduzieren, sondern auch zu einer Finanzierung von Ausgleichsmaßnahmen beitragen, etwa der Anlage von Gewässerrand- und Blühstreifen, um so die Artenvielfalt wieder zu erhöhen, aber auch die Böden vor Erosion zu schützen. Bei alledem gilt es eines zu beachten: Die heutige Landwirtschaft ist die logische Folge eines jahrzehntelangen Anpassungsprozesses an die bisherigen politischen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen. In der jetzt begonnenen Dekade wird sich zeigen, ob wir in der Lage sind, diese Rahmenbedingungen neu zu definieren und tatsächlich ökologische Lösungen zu finden. Noch haben wir dafür Gestaltungsspielraum, aber nicht mehr lange.

derrechterand

Das
**Antifaschistische
Magazin**

184. Ausgabe www.der-rechte-rand.de

Ausgabe
erscheint
Ende
Mai



TERROR

***Wir verachten die AfD und wir
bekämpfen Faschist*innen.***

Recherche. Analyse. Perspektive. gibt es beim #AntifaMagazin im **ABO**.